

## Medienmitteilung

Thema	Parolen zu den Abstimmungen vom 13. Juni 2021
Für Rückfragen	Armin Egger, Präsident 078 642 28 43, <a href="mailto:armin.egger@grunliberale.ch">armin.egger@grunliberale.ch</a>
Absender	Grünliberale Partei Kanton Solothurn <a href="mailto:so@grunliberale.ch">so@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.so.grunliberale.ch">www.so.grunliberale.ch</a>
Datum	28. Mai 2021

### Parolen der Grünliberalen Partei Kanton Solothurn für die Abstimmungen am 13. Juni 2021

Die Mitglieder der Grünliberalen Partei Kanton Solothurn (glp) haben an der Mitgliederversammlung und per E-Voting die Parolen zu den Abstimmungen vom 13. Juni 2021 festgelegt. Die kantonale glp folgt den Parolen der nationalen Partei. Die einzige kantonale Vorlage wird zur Annahme empfohlen.

Anlässlich der letzten Mitgliederversammlung wurde die Parole zur **Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»** gefasst. Dazu haben Franziska Herren vom Initiativkomitee und Markus Dietschi vom Solothurner Komitee «Nein zu den beiden extremen Agrarinitiativen» ihre jeweiligen Argumente vertreten. Die glp-Mitglieder sind der Ansicht, dass der Handlungsbedarf klar belegt ist. Dies zeigen auch die neusten Messwerte beim Limpach. Daher wurde mit nur einer Enthaltung die Ja-Parole gefällt.

Für die **Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»** hat die Mitgliederversammlung Stimmfreigabe beschlossen. Einerseits setzt diese Initiative im Gegensatz zur Trinkwasserinitiative zu stark auf Verbote statt Anreize. Andererseits scheint beim Parlament und der Landwirtschaft kein Wille für Massnahmen vorhanden zu sein, obwohl gerade im Kanton Solothurn die Folgen des Pestizideinsatzes klar ersichtlich sind. Es fand sich unter den Mitgliedern keine deutliche Mehrheit für oder gegen die Initiative, sodass die Mitglieder einem gestellten Antrag auf Stimmfreigabe folgten.

Eine grosse Chance für die Wirtschaft und das Gewerbe des Kantons sehen die Mitglieder im neuen **CO<sub>2</sub>-Gesetz**. Mit den vorhandenen Technologien und ihrem Knowhow können sich diese für die ökologische Wende einsetzen und davon wirtschaftlich profitieren. Auch werden faire Anreize gesetzt, indem ein Grossteil der Abgaben auf CO<sub>2</sub>-Ausstoss an die Bevölkerung zurückfliesst. Einstimmig empfiehlt die Mitgliederversammlung dem Gesetz zuzustimmen.

Mittels E-Voting wurden die Parolen zu nachfolgenden Abstimmungen gefasst. Die Unternehmen und Selbständigen im Kanton Solothurn wurden wirtschaftlich stark von der Pandemie getroffen. Das **Covid-19-Gesetz** ist die Grundlage für finanzielle Unterstützungen zur Abfederung der Einbussen. Wird das Gesetz abgelehnt, fällt auch die dazu notwendige Rechtsgrundlage weg. Im Gesetz sind weder ein Impfwang noch eine Maskenpflicht geregelt, obwohl dies oft behauptet wird. Mit überzeugendem Mehr empfehlen die teilnehmenden Mitglieder eine Annahme des Gesetzes.

Die meisten der vorgesehenen Massnahmen können von der Polizeibehörde sowohl angeordnet als auch durchgeführt werden. Da kein Gericht die Massnahmen anordnet fehlt die Gewaltenteilung. Zudem wird mit der Vorlage auch gegen die UNO-Kinderrechtskonvention verstossen, da Massnahmen gegen Kinder ab 12 Jahren ausgesprochen werden können. Daher lehnen zwei Drittel der Teilnehmenden das **Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)** ab.

Die kantonale Vorlage **Neubau des Schwerverkehrskontrollzentrums SVKZ in Oensingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites** wird von den Mitgliedern grossmehrheitlich unterstützt. Mit einer Ablehnung würde der Bau des Zentrums nicht verhindert, da das Bundesamt für Strassen (ASTRA) dieses auch ohne den kantonalen Verpflichtungskredit umsetzen würde. Einzig könnte der Verkehrsdienstes der Kantonspolizei Solothurn nicht an einem Standort zusammengefasst werden. Langfristig würde das für den Kanton vermutlich sogar Mehrkosten verursachen.

Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung:	JA
Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»:	Stimmfreigabe
CO <sub>2</sub> -Gesetz:	JA
Covid-19-Gesetz:	JA
Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT):	NEIN
Neubau des Schwerverkehrskontrollzentrums SVKZ in Oensingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites:	JA